

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Was ist die OSZE?

Die Gründung der OSZE geht auf das Jahr 1975 zurück. Es war die Zeit des Kalten Krieges und der politischen Polarisierung. Sie war geprägt vom Ost-West-Konflikt zwischen den USA und der UdSSR und ihren jeweiligen Verbündeten. In dieser Situation riefen die Staats- und Regierungschefs von 35 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas 1973 in der finnischen Hauptstadt Helsinki die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) ins Leben als Plattform für den zwischenstaatlichen Dialog und Verhandlungsforum.

Zwei Jahre später verabschiedete die KSZE die so genannte Helsinki-Schlussakte. Darin sind zehn Grundprinzipien (Helsinki-Dekalog) zu den zwischenstaatlichen Beziehungen und deren jeweiligen Bevölkerung enthalten. Das Dokument ist zwar kein völkerrechtlicher Vertrag; die politischen Erklärungen wurden aber zum Massstab für den Entspannungsprozess, die Annäherung und Zusammenarbeit in Europa.

1990 unterzeichneten alle KSZE-Teilnehmerstaaten die so genannte Pariser Charta für ein neues friedliches Zusammenleben in Europa, worin sie das Ende des Zeitalters der Konfrontation und der Teilung Europas proklamierten. 1994 wurde die KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umbenannt. Die Zielsetzungen blieben unverändert: Konfliktbewältigung auf friedlichem Wege und Wiederaufbau, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt zum Wohle aller sowie die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Heute gehören der OSZE 57 Staaten in Europa, Asien und Nordamerika an. Sie wollen zusammen zu mehr Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum beitragen.

Was macht die OSZE heute?

Für die OSZE ist Sicherheit eine Gesamtkonzeption. Sie ist nicht eindimensional auf die militärische Sicherheit ausgerichtet, sondern ist viel weiter gefasst und umfasst neben der militärischen Sicherheit zwei weitere Bereiche, insgesamt drei so genannte Dimensionen. Denn Sicherheit und Stabilität können langfristig nicht gewährleistet werden, wenn Gewässer verschmutzt sind, Menschen ihre Rechte nicht ausüben können, Minderheiten ausgegrenzt werden oder Menschen-, Drogen und Waffenhandel sich ausbreiten. Daher engagiert sich die OSZE in den folgenden drei Bereichen:

- **Politisch-militärische Dimension:** Dazu gehören Rüstungskontrolle und Grenzschutz, Bekämpfung von grenzüberschreitenden Bedrohungen wie Terrorismus, Konfliktverhütung und -lösung, Verteidigungsreformen und Polizeiaufgaben.
- **Wirtschafts- und Umweltdimension:** Dazu zählen Förderung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklung, verantwortungsvolle Regierungsführung sowie nachhaltiger und sorgfältiger Umgang mit natürlichen Ressourcen und ihre gemeinsame Nutzung oder umweltverträgliche Entsorgung von gefährlichem und giftigem Abfall.
- **Menschliche Dimension:** Dies sind Achtung und Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Wahlvorbereitung und -beobachtung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Medienfreiheit, Minderheitenrechte, Schutz vor Diskriminierung und Menschenhandel oder Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Die Teilnehmerstaaten wechseln sich im Präsidium der OSZE ab. Jeweils für ein Jahr übernimmt einer der Staaten den Vorsitz. Dabei koordiniert er die Aufgaben und Prioritäten mit dem Vorgänger- und dem Nachfolgerstaat, um die Kontinui-



tät sicherzustellen. Derzeit führt die Schweiz den Vorsitz und bildet zusammen mit der Ukraine (Präsidentschaft 2013) und Serbien (Präsidentschaft 2015) die so genannte «Troika».

Einmal im Jahr – meist im Dezember – trifft sich der Ministerrat der OSZE. In diesem zentralen OSZE-Beschluss- und Leitungsgremium auf Ebene der Aussenminister sind alle Teilnehmerstaaten vertreten.

Für die operative Umsetzung der Aufgaben ist der Ständige Rat der OSZE in Wien zuständig, der wöchentlich zu einer Sitzung zusammentritt. Ihm gehören die Botschafter und Botschafterinnen der OSZE-Staaten an.

In der Parlamentarischen Versammlung diskutieren die nationalen OSZE-Parlamentsdelegationen Sicherheitsaspekte im OSZE-Raum, worüber sie anschliessend in den nationalen Parlamenten Bericht erstatten. Die Schweiz ist in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit sechs Mitgliedern aus National- und Ständerat vertreten.

In Südost- und Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien ist die OSZE zudem mit 16 Feldmissionen präsent, die für die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen wichtig sind. Sie erfüllen ihre Aufgaben gemäss dem jeweiligen OSZE-Mandat und tragen zu Frühwarnung, Konfliktprävention und -bewältigung, Wiederaufbau und Normalisierung nach Konflikten sowie demokratischer Transformation bei. Weiter fördern sie Aufbau und Weiterentwicklung von demokratischen Strukturen und guter Verwaltungsführung, damit die Teilnehmerstaaten die OSZE-Prinzipien erfüllen können. Sie unterstützen die Zivilgesellschaft in ihrem Bemühen, gegen Diskriminierungen und Gewalt beispielsweise gegen Frauen oder gegen Menschenhandel vorzugehen.

Für die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Teilnehmerstaaten haben drei unabhängigen Institutionen der OSZE ebenso grosse Bedeutung: Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau (ODIHR, Office for Democratic Institutions and Human Rights), die Beauftragte für Medienfreiheit in Wien und der Hochkommissar für nationale Minderheiten mit Sitz in Den Haag.

Warum ist die Schweiz in der OSZE dabei?

Das Engagement für Frieden und Sicherheit in Europa, in seinen Nachbarregionen und in der Welt insgesamt gehört zu den aussenpolitischen Prioritäten der Schweiz. Gemäss der Strategie 2012–2015 des Bundesrates beruht dieses Engagement einerseits auf der internationalen Zusammenarbeit und andererseits auf Aktivitäten zur Förderung des Friedens, der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der internationalen Sicherheit.

Für die Schweiz ist die OSZE deshalb eine wichtige Plattform für Diskussionen im Rahmen der europäisch-transatlantischen Zusammenarbeit. Die Schweiz nutzt die Organisation, um mit allen Ländern Europas, Zentralasiens sowie den USA und Kanada sicherheitspolitische Fragen zu erörtern. Sie nimmt aktiv an Konferenzen und Treffen teil. Sie unterstützt ausserdem Projekte der OSZE im Bereich der menschlichen und der politisch-militärischen Sicherheit. Ausserdem stellt sie nach Bedarf Expertinnen und Experten für befristete zivile Friedensprojekte zur Verfügung, etwa als Wahlbeobachterinnen, Polizeiberater oder Spezialisten in Verfassungsfragen, Mediation, für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Präsidentschaft 2014

2014 wird die Schweiz die OSZE präsidieren, was heisst, dass Bundesrat Didier Burkhalter das Amt des amtierenden Vorsitzenden ausüben wird.

Für ihre Präsidentschaft setzt die Schweiz folgende Schwerpunkte:

- **Sicherheit und Stabilität fördern:** Durch Dialog und Vertrauensbildung will die Schweiz einen Beitrag zur Lösung von Konflikten leisten, namentlich auf dem Westbalkan und im Südkaukasus. Darüber hinaus unterstützt sie Vereinbarungen für mehr Transparenz und Reformen bei den Sicherheitskräften.
- **Lebensbedingungen der Menschen verbessern:** Die Schweiz will dazu beitragen, dass alle OSZE-Staaten ihre Verpflichtungen zu Schutz und Achtung der Menschenrechte umsetzen (Stichworte: Folterverbot, Terrorismusbekämpfung, freie und demokratische Wahlen, Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Minderheiten).
- **Handlungsfähigkeit der OSZE stärken:** Die Schweiz unterstützt den laufenden Reformprozess, damit die OSZE künftig rascher und effizienter auf Krisen reagieren kann, unter anderem durch den Aufbau einer eigenen Konfliktmediation. Der Schweiz ist es auch ein Anliegen, während ihrer Präsidentschaft die Zivilgesellschaft regelmässig einzubeziehen.

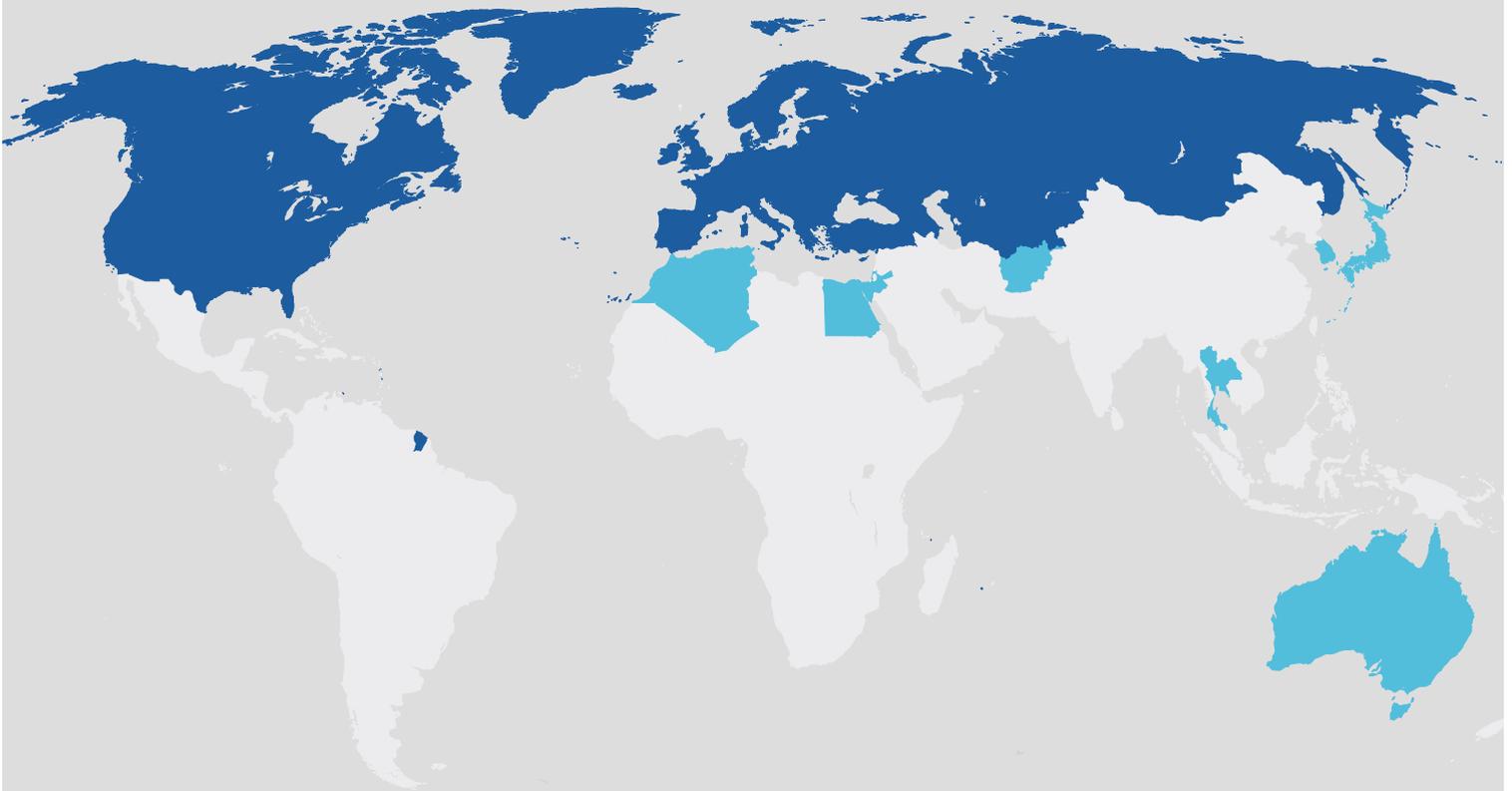
Im Dezember 2014 wird in Basel das Treffen des OSZE-Ministerrats stattfinden. An der viertägigen Grossveranstaltung – kurz vor Ende der Schweizer Präsidentschaft – werden rund 1200 Delegationsmitglieder aus den 57 Teilnehmerstaaten erwartet.

OSZE-Teilnehmerstaaten

Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Mongolei, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern

Kooperationspartner der OSZE

Afghanistan, Australien, Ägypten, Algerien, Israel, Japan, Jordanien, Marokko, Republik Korea, Tunesien, Thailand



Kontakt

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Generalsekretariat GS-EDA

Information EDA

Bundeshaus West, CH-3003 Bern

Telefon +41 31 322 31 53

E-Mail info@eda.admin.ch

www.eda.admin.ch/osze2014